

# SYSTEMRELEVANT 185

**Bettina Kohlrausch, Direktorin des WSI, und Andreas Hövermann (WSI) besprechen anhand der Ergebnisse der neusten Erwerbspersonenbefragung, wie es nach vier Jahren multipler Krisen um die deutschen Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden steht.**

**Marco Herack:**

Heute ist Freitag, der 5. April 2024. Willkommen zur 185. Ausgabe von Systemrelevant. Bettina Kohlrausch, ich grüße dich.

**Bettina Kohlrausch:**

Hallo.

**Marco Herack:**

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Und Andreas Hövermann. Grüß Gott.

**Andreas Hövermann:**

Hallo.

**Marco Herack:**

Du bist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hans-Böckler-Stiftung im Projekt zu sozialen Lebenslagen, Transformation und demokratischer Integration.

An euch vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter antickern: @boeckler\_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Anregungen, Unmut und sonstiges bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute, aufmerksame Hörerinnen und Hörer werden es erahnen, mit der Erwerbspersonenbefragung befassen. Denn, Andreas, meistens bist du hier, wenn es um die Erwerbspersonenbefragung geht.

**Andreas Hövermann:**

Völlig richtig. Ja.

**Marco Herack:**

Und da sind wir jetzt in der zwölften Welle, Bettina. Und das klingt erstmal viel. Aber vielleicht kannst du uns da noch mal ganz kurz erinnern, was genau die Erwerbspersonenbefragung ist und was sie vor allen Dingen erreichen möchte.

**Bettina Kohlrausch:**

Die Erwerbspersonenbefragung befragt Erwerbspersonen, wie der Name schon nahelegt, das heißt Menschen, die entweder erwerbstätig sind oder dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, auch wenn sie gerade nicht arbeiten, weil sie arbeitslos sind oder in Elternzeit oder aus anderen Gründen.

Und als wir damit begonnen haben, war das gar nicht so als Langzeitprojekt angelegt. Das war eher die Idee, relativ schnell, nachdem es ja mit der Pandemie den

ersten Lockdown gab und eine wahnsinnige Veränderung und Herausforderung für Erwerbspersonen, weil ganz viele plötzlich nicht mehr arbeiten konnten, weil Produktion geschlossen wurde, weil auch Kinderbetreuungsstätten-Möglichkeiten geschlossen wurden. Da war die Idee, einfach mal nachzufragen und nachzuhören. Wie geht es den Leuten? Also im Zentrum ganz am Anfang stand zum Beispiel auch die Kurzarbeit und das Kurzarbeitergeld. Ist das ein gutes Instrument? Reicht das sozusagen? Wie muss man da nachjustieren? Das haben wir ganz viel und detailliert abgefragt. Wir haben viel Homeoffice gefragt am Anfang. Aber die Idee war sozusagen, diese akute Krise, die akute Corona-Krise zu erfassen und zu beschreiben.

Und dann war ja relativ schnell klar: Diese Krise hört so schnell nicht auf. Das heißt, wir sind dann öfter ins Feld gegangen und haben dieselben Menschen eben inzwischen elf Mal befragt. Und dann war natürlich irgendwie die Idee, wir bilden diese Krise, die Pandemiekrise oder pandemiebedingte Krise ab und auch die Folgen. Und da haben wir dann irgendwann gemerkt, dass das unrealistisch ist, weil auf eine Krise die nächste folgte, nämlich in dem Fall der Ukraine-Krieg und die Teuerung vor allen Dingen, die das für Erwerbspersonen zur Folge hatte. Und insofern sind wir eigentlich in verschiedenen Krisen im Moment.

Wir hatten zum Beispiel ein Item, wo wir gefragt haben: Haben Sie aufgrund der Krise Einkommenseinbußen zu verzeichnen? Hatten wir ganz lange als Frage. Dann haben wir irgendwann gemerkt, das können wir gar nicht mehr fragen, weil die Leute wissen überhaupt nicht, aufgrund welcher Krise. Ja, weil Krise zum Dauerzustand geworden ist. Und insofern bilden wir jetzt einfach, glaube ich, ab, wie Erwerbspersonen, die diese sehr, sehr unsicheren und turbulenten Zeiten erleben. Und wir haben dabei natürlich einen Fokus auch auf die Erfahrungen im Arbeitskontext, aber eben auch auf Einstellungen und was das sozusagen mit dem Menschen macht.

**Marco Herack:**

Wir reden heute über, ich nenne es jetzt mal ganz flapsig, die große Auswertung. Wie wir aber aus der Vergangenheit wissen, habt ihr dann auch immer noch verschiedene Sachen, wo ihr mit den Daten, die ihr da habt, dann auch noch mal so Kleinigkeiten euch anguckt oder die auch mit anderen Daten durchmixt und dann auch noch mal da reinguckt. Also das ist tatsächlich dann auch ein Datensatz, der mehrfach verwendet wird.

**Bettina Kohlrausch:**

Ja.

**Andreas Hövermann:**

Ganz genau. Wir haben jetzt dieses Mal auch wieder, eigentlich wie in vielen vorherigen Wellen, uns vor allen Dingen mit dem Thema Belastungen und Sorgen beschäftigt. Wir haben jetzt aber auch das Thema Institutionenvertrauen drin und auch

Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Das waren die Themen, die wir jetzt ‚aus Gründen‘ in den Vordergrund gestellt haben.

**Marco Herack:**

Ich glaube, Bettina, dir war ja immer ein sehr wichtiges Thema das Vertrauen in die Demokratie. Also erodiert das oder festigt sich das? In der letzten Zeit war ja, wenn ich es recht im Kopf habe, immer eher so eine kleine Erosion zu sehen, die sich dann auch immer weiter ausgebaut hat und dann gar nicht mehr so klein war. Wie sieht es denn da dieses Mal aus?

**Bettina Kohlrausch:**

Vertrauen in die Demokratie haben wir so nicht abgefragt. Aber was wir abfragen, jetzt inzwischen auch seit Oktober 21, ist Vertrauen in Institutionen. Wir wissen aus anderen Forschungen, dass das mit Vertrauen in die Demokratie durchaus relativ stark korreliert. Und da haben wir so einen gemischten Befund. Das ist ja auch in der Pressemitteilung der Titel sozusagen eine durch Krisen verunsicherte, aber nicht erschütterte Gesellschaft. Und diese Deutung kam mir vor allen Dingen auch in den Sinn, als ich mir angeguckt habe, wie sich eigentlich das Institutionenvertrauen entwickelt hat. Weil man jetzt nicht sagen kann, dass das kontinuierlich im Zuge der Krisen bergab geht. Das kann man nicht sagen. Es gab eine Erschütterung, gerade nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs zum Beispiel sehr stark auch in Bezug auf das Vertrauen in die Bundeswehr und aber auch in andere Institutionen. Und es hat sich aber stabilisiert, nicht unbedingt immer auf hohem Niveau, aber eigentlich kann man sagen, dass sich das Vertrauen auch zum Beispiel in die öffentlich rechtlichen Medien, in die Gewerkschaften.. Wir haben dann auch fairerweise irgendwann angefangen, Arbeitgeberverbänden abzufragen, wobei das Vertrauen in die schon geringer ist als in die Gewerkschaften, und zwar relativ deutlich. Also 16 % haben ein großes oder sehr großes Vertrauen in die Arbeitgeberverbände und 24 % in die Gewerkschaften. Also da gibt es schon einen Unterschied. Aber auf jeden Fall man sieht jetzt nicht so ein Sinkflug, dass man sagen kann, diese Institutionen, die auf die eine oder andere Art und Weise diese Gesellschaft ja auch tragen, die verlieren permanent an Vertrauen.

Es gibt eine Ausnahme und das ist die Bundesregierung. Das Vertrauen sinkt kontinuierlich. Und tatsächlich ist der Teil der Erwerbsbevölkerung, die ein großes oder sehr großes Vertrauen in die Bundesregierung hat, bei 11 %. Und das ist natürlich nicht besonders viel. Da sehen wir tatsächlich, also als wir das das erste Mal das abgefragt haben, waren es 21 %, was auch nicht so wahnsinnig viel ist, aber eben dann doch noch mal zehn Prozentpunkte mehr als 11 %. Das heißt, hier ist wirklich ein kontinuierlicher Vertrauensverlust zu verzeichnen. Das ist aber eigentlich eher ein Trend, der gegenläufig ist zu dem Vertrauen in die anderen Institutionen. Insofern kann man jetzt auch nicht sagen, das Vertrauen in die Demokratie ist totalerschüttert und wird auch immer geringer. Also da sind schon noch Potenziale und Ressourcen. Ich glaube nur, man muss das alles sehr ernst nehmen, weil generell

die Zustimmung oder das Vertrauen in Institutionen nicht so wahnsinnig groß ist. Auch wenn es variiert. Relativ groß ist es in die Polizei, auch in Gerichte. Aber bei öffentlich-rechtlichen Medien, das sind zum Beispiel knapp 30 %. Das ist jetzt auch nicht so viel.

**Marco Herack:**

Das unterscheidet sich ja auch ganz stark von den allgemeinen Zahlen, die man dann bei großen Auswertungen anderer Natur findet, wo ja dann schon doch noch wesentlich mehr an Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Sind die Erwerbspersonen da besonders wütend? Aber das werdet ihr wahrscheinlich nicht wissen.

**Andreas Hövermann:**

Das mag vielleicht auch an der Skala liegen, mit der wir das in dieser Befragung messen, weil wir haben eine fünfstufige Skala. Das heißt, es gibt immer noch eine Mittelkategorie, die mittelmäßiges Vertrauen im Grunde genommen ausdrücken soll. Das heißt, was wir jetzt berichten ganz häufig ist explizit die Aussage, dass man großes oder sehr großes Vertrauen hat in eine bestimmte Institution. Und da sehen wir ganz stark den Rückgang bei der Bundesregierung. Aber wir sehen auch ganz stark die deutlich größere, stärkere Verbreitung von denjenigen, die sagen, dass sie wirklich nur geringes oder auch gar kein Vertrauen mehr in die Bundesregierung haben. Das ist von 35 % auf 60 % zuletzt gestiegen.

Und das ist an der Stelle tatsächlich auch immer noch mal eine Frage, wie so etwas erhoben wird. Und da glaube ich, ist das an der Stelle eher auch darauf zurückzuführen, dass wir hier so eine Mittelkategorie da drin haben, die vielleicht andere Institutionen oder andere Umfrageinstitute viel mehr, so nicht dabei haben in ihren Befragungen.

**Bettina Kohlrausch:**

Dann frage ich mich auch: Wir haben natürlich mit den Erwerbspersonen logischerweise vor allen Dingen die große Gruppe der Rentner und Rentnerinnen nicht drin. Ich weiß es jetzt ehrlich gesagt wirklich nicht, Andreas, aber ist es vielleicht so, dass ältere Menschen ein höheres Vertrauen in Institutionen haben, Tendenziell?

**Andreas Hövermann:**

Das kann ich mir schon gut vorstellen. Also das ist schon auch was, was eher so wäre. Dennoch ist jetzt die Frage, ob sich das so stark jetzt da ausdrückt. Es könnte aber tatsächlich ein Faktor sein, der für ein paar Prozentpunkte noch mal ausschlaggebend sein könnte.

**Marco Herack:**

Also da wir ja sehr viele ältere Damen und Herren haben, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gucken, der jetzt nun der Ausgangspunkt meiner Frage war, könnte das tatsächlich ein Faktor sein, der etwas wesentlicher ist als vielleicht bei anderen Fragen.

**Bettina Kohlrausch:**

Also gerade beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder Medien, finde ich das plausibel, dass da auch ein Alterseffekt mit reinspielt, aber auch tatsächlich die Art der Messung, weshalb, wenn man jetzt das deuten möchte, interessanter wahrscheinlich die Referenz ist der vorherigen Befragung, weil da haben wir dieselbe Erhebungsmethode und dieselben Leute befragt. Das heißt, da sind die Veränderungen das, was wirklich aussagekräftig ist. Während der Vergleich mit anderen Erhebungen, die mit eben anderen skalierten Items arbeiten, vielleicht dann auch schwierig ist.

**Marco Herack:**

Gut also Institutionenvertrauen davon ableiten, dann Vertrauen in die Demokratie, oder man könnte auch sagen in die demokratischen Institutionen, ist dann also eher weiter rückläufig, also zumindest was die Bundesregierung betrifft, aber ansonsten halbwegs stabil?

**Bettina Kohlrausch:**

Ja, das würde ich so sagen. Wie siehst du das, Andreas?

**Andreas Hövermann:**

Genau, ich finde, das kann man durchaus so sehen. Es gibt halt diese eine Gruppe, die größer wird, auf die wir sicherlich auch noch mal detaillierter zu sprechen kommen. Aber das sind die AfD-Wählenden. Für die gilt das Ganze nicht. Die weichen an der Stelle sehr, sehr stark ab, wenn man sich anschaut, wie stark ihr Institutionenvertrauen ausgeprägt ist, denn da sehen wir eine ganz starke Abwendung und eine ausgeprägte Entfremdung von vielen AfD-Wählern und Wählerinnen, von den demokratischen Institutionen. Also bei allen Institutionen, sei es die Polizei, die Gerichte, die Bundeswehr oder auch die Gewerkschaften, sehen wir, dass AfD-Wählende hier deutlich geringeres Vertrauen äußern als Wählende anderer Parteien. Und besonders stark ist das ausgeprägt beim Vertrauen in die Bundesregierung und in die öffentlich-rechtlichen Medien. Also das ist an der Stelle sehr, sehr deutlich. Es gibt aber eine Ausnahme bei den AfD-Wählenden und das ist ihr Vertrauen in die Partei, die sie wählen. Das haben wir auch gefragt, und das ist an der Stelle tatsächlich überdurchschnittlich. Also der AfD vertrauen die AfD-Wählenden mehr als jetzt, beispielsweise CDU-Wähler der CDU vertrauen. Und das ist an der Stelle schon ein Befund, der zeigt letztlich, wie sehr die AfD Wählenden da sich abwenden von anderen Institutionen und sich auf die AfD als einzige Institution, der sie vertrauen, konzentrieren.

**Bettina Kohlrausch:**

Ja, das finde ich auch wirklich noch mal einen ganz wichtigen Befund, weil ja nach wie vor, auch wenn wissenschaftlich das wirklich vielfach widerlegt worden ist, nicht nur von uns, immer noch diese Behauptung durch die Welt wabert, die Wahl der

AfD wäre eine Protestwahl. Die würden das eigentlich nicht so meinen. Dieser Befund spricht eben auch dagegen. Es gibt eine hohe Identifikation, ein hohes Vertrauen in die Partei. Es ist eben nicht nur die Wahl gegen andere Parteien, also Protestwahl, sondern es ist wirklich die Wahl für die AfD und auch für die Inhalte, für die sie steht. Das muss man einfach, glaube ich, immer wieder wissen. Das macht sie eben auch so gefährlich für die Demokratie.

**Marco Herack:**

Also ihr würdet daraus herleiten, dass es da keine Illusionen gibt, dass das einfach nur eine Protestwahl ist, weil das ist ja das, was wir oft hören in der Debatte.

**Andreas Hövermann:**

Na ja, der Ausgangspunkt kann ja durchaus eine große Unzufriedenheit sein. Also ich glaube, das spielt ja auf jeden Fall eine Rolle, dass AfD-Wählende hier eine extreme Unzufriedenheit mit den etablierten demokratischen Institutionen haben. Aber dennoch ist das finde ich erst mal ein bemerkenswerter Befund, dass das jetzt nicht Leute sind, die nur dagegen wählen und eigentlich mit der AfD nichts zu tun haben wollen und eine Denkmittelwahl machen wollen, sondern dass da tatsächlich viele überzeugt sind von den Inhalten und ein Vertrauen haben, was andere Wählende von demokratischen Parteien so nicht in ihre Partei haben.

**Marco Herack:**

Ich glaube ein anderer, immer nicht ganz unwesentlicher Part der Befragung ist ja: Wie sehen die Leute ihre finanzielle Lage? So würde ich es jetzt mal umschreiben. Also ist das Einkommen in Ordnung? Fühlt man sich da sicher oder unter Druck und ähnliches? Korreliert das auch mit diesem Abstieg des Vertrauens in die Bundesregierung?

**Andreas Hövermann:**

Ja, wir sehen auf jeden Fall, dass es eine große Verunsicherung gibt, resultierend aus den weit verbreiteten finanziellen Belastungen. Wir fragen immer wieder, jede Welle, danach, wie groß das Ausmaß der finanziellen Belastungen sind. Und da haben wir jetzt in der aktuellen Welle, wenn man so will, ein Rekordhoch. Also wir haben mehr als jeder und jede vierte hier, die sagen, dass sie starke oder äußerste finanzielle Belastungen haben. Also wir haben schon seit Beginn, seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine haben wir sehr, sehr hohe finanzielle Belastungen und auch finanzielle Sorgen sehen wir unter den Befragten. Die sind jetzt mehr oder weniger auf sehr hohem Niveau stabilisiert. Und dennoch jetzt gerade, was noch mal die Belastung angeht, sehen wir da noch zuletzt noch mal Anstiege. Und was daran hochgradig problematisch ist, denke ich, ist, dass die nicht komplett gleich verteilt sind, was man sich, glaube ich, auch relativ schnell denken kann, sondern dass die insbesondere diejenigen treffen, die ohnehin schon geringe Einkommen haben. Hier sehen wir zuletzt immer stärker verbreitete große finanzielle Belastungen, die auch zuletzt noch mal anstiegen.

**Bettina Kohlrausch:**

Und was da auch wichtig ist: Nicht nur, dass die unteren Einkommensgruppen, was natürlich naheliegend ist, stärkere finanzielle Belastung spüren. Der Abstand hat sich auch vergrößert. Also der Anstieg der Belastung ist bei den unteren Einkommensgruppen stärker. Im April 2020 haben diejenigen, die weniger als 1.500 € haben, das ist nicht viel, von denen haben 36 % gesagt, dass sie sich stark oder äußerst belastet fühlen im Hinblick auf ihre finanzielle Situation. Und es sind jetzt eben in der letzten Befragung im November 2024 sind es 57 % gewesen, also wirklich 20 Prozentpunkte mehr.

Und in der obersten Einkommensgruppe, die 3.000 € und mehr haben, haben wir einen Anstieg von zwei Prozentpunkten, das kann man eigentlich bei der Stichprobe nicht vernachlässigen, gesehen. Ein anderer Befund, den wir auch haben, ist, dass diese Sorgen um die soziale Ungleichheit bei allen stetig steigen. Und wir sehen eben auch, dass es wirklich ungleiche Belastungen gab und dass die unteren eben einfach auch.. Also dass deren Sorgenhaushalt im Hinblick gerade auf die finanziellen Belastungen stärker gewachsen ist als in den höheren Einkommensgruppen. Und das ist natürlich eine zusätzliche Ungerechtigkeit. Man kann also sagen, hier haben sich wirklich Ungleichheiten, das zeigen wir auch in anderen Publikationen des WSI, eben auch verstärkt.

Und das ist, glaube ich, eine Krisenbilanz, die auch problematisch ist. Und ich glaube schon, dass ich genau aus dieser Entwicklung auch eine Unzufriedenheit speist, die die Menschen anfällig macht für Anrufungen der AfD. Also das heißt, es hat schon was miteinander zu tun. Aber es ist eben nicht nur, dass sie dann aus Protest und ohne eigentlich innere Überzeugung dann die AfD wählen, sondern sie machen sich dann eben auch deren Weltdeutung zu eigen. Und das zeigt eben, wie gefährlich das für die Demokratie ist, weil es natürlich, wenn Menschen dann aus Überzeugung antidemokratische Parteien wählen, deutlich schwieriger ist, sie zurückzugewinnen, als wenn sie das lediglich aus Protest machen würden.

**Marco Herack:**

Die Statistik, über die wir jetzt gerade geredet haben, die würdet ihr auf Seite 6 der Pressemitteilung finden, die wir auch noch mal in die Shownotes packen. Da gibt es dann diese Übersicht, wo man dann auch sieht, dass die Einkommen unter 1.500 € ja, also auch ich glaube über die Zeit gesehen, also April 2020 ging das ja los, dass das über die Zeit gesehen dann auch entsprechend sich wesentlich dynamischer ausgeprägt hat, was auch zu den wirtschaftlichen Zahlen passt. Also wir haben ja sehr schnell gesehen gehabt, als die Inflationswelle, nenne ich es jetzt mal, losging, dass dann gerade die unteren Einkommen davon stärker betroffen waren. Und das findet sich dann wiederum dann auch bei diesen Befragungen oder schlägt sich da höchstwahrscheinlich nieder. Zumindest von der Korrelation her würde ich da mal vorsichtigerweise sagen.

Und dann in dem Sinne, Andreas, gibt es noch eine schöne Übersicht, wie man sich denn von der Krise betroffen fühlt oder von den Krisen, die man hat. Da würde ich ja

sagen, das ist ja auch so ein Ding. Wer spürt welche Krise, dass weiß man dann wahrscheinlich auch nicht mehr so ganz genau. Aber das allgemeine Gefühl, dass gerade etwas am Schwelen ist und dass es Probleme gibt und das auf einen einwirkt, das kann man damit ja dann schon erfragen.

**Andreas Hövermann:**

Ja, definitiv. Und was wir ganz klar sagen können, ist, dass die AfD natürlich stark profitiert von dieser finanziellen Verunsicherung, die sich die sich daraus ergibt und auch von dem geringen Regierungsvertrauen. Und das ist was, was wir jetzt schon eine Weile beobachten, nicht nur in dieser Welle beobachtet haben. Was wir ganz klar sehen, ist, dass die AfD-Wählenden besonders häufig große Sorgen äußern. In den verschiedensten Themen fallen sie immer wieder auf als diejenigen, die ganz besonders besorgt sind. Und dieses Mal haben wir jetzt noch mal einen weiteren Aspekt mit erfragt. Und das ist, wie sehr krisenbedroht sie sich wahrnehmen und wie sehr Sie sich auch durch die Krisen verunsichert fühlen.

Sehr ähnlich ist nämlich, dass die AfD-Wählenden auch hier auffallen dadurch, dass sie besonders stark Krisenverunsichert sind und sich als besonders stark krisenbetroffen wahrnehmen. Jetzt kann man natürlich sagen: Na ja, gut, das liegt vielleicht auch daran, dass besonders häufig sich zusammensetzen aus einer Gruppe, die auch besonders häufig benachteiligt ist. Also dass es so eine Art Kompositionseffekt ist. Aber das haben wir uns angeguckt und da zeigt sich eigentlich, dass das nicht der Fall ist. Wir haben nämlich verglichen AfD-Wählende mit gleichem Einkommen und Wählende anderer Parteien mit dem gleichen Einkommen. Und es zeigt sich für alle Einkommensgruppen, dass die AfD-Wählenden deutlich häufiger sich als krisenbedroht sehen, krisenverunsichert sind und größere Sorgen haben. Die Unterschiede sind da wirklich enorm und immens. Also es ist teilweise so, dass die reichsten AfD-Wählenden sich häufiger krisenverunsichert empfinden, als es die ärmsten Wählenden anderer Parteien sind. Also die Unterschiede sind hier wirklich sehr, sehr groß. Und das ist an der Stelle ein klarer Hinweis darauf, dass das durchaus auch etwas ist, was unabhängig der objektiven sozialen Lage wirkt.

**Bettina Kohlrausch:**

Und das, finde ich, zeigt noch mal sehr deutlich: Der Befund, den Andreas da gerade vorgestellt hat. Die Dynamik, die eben auch durch so eine Kraft wie die AfD dann in der Gesellschaft entstehen kann. Denn wir haben eine enorme Verunsicherung, die nachvollziehbar ist. Wir haben enormen Belastungen, wir haben auch Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Belastung. Und ich glaube, dass diese Erfahrung Menschen eben wie gesagt, anfällig macht, auch weil es von der Politik oder von den Institutionen, von demokratischen Institutionen eben nicht die Antworten oder die Lösung gegeben hat, die sich einige gewünscht hätten oder keine Lösung gab für das Problem, was offensichtlich Menschen anfällig gemacht für Erklärungen, die eben die AfD anbietet.

Aber dann sind sie eben auch in so einer Negativspirale. Also die Krisenbetroffenheit ist real, aber die Deutung ist dann sozusagen noch mal verstärkt, also dass nur



noch alles negativ ist, dass nur noch alles sozusagen auf den Sorgenhaushalt einzählt, dass die Belastungen, die zwar real sind, aber besonders negativ, besonders stark wahrgenommen werden. Und dann ist sozusagen jede Erfahrung und das ist in so einer extrem unsicheren Zeit, dieser negative Impuls wird dann eben durch wahrscheinlich auch die Deutungsmuster, die angeboten werden, aber auch die Kommunikationszusammenhänge, in denen man dann eben gefangen ist, wird das immer wieder nur ins Negative verstärkt. Und das macht es natürlich schwierig, Leute überhaupt noch anzusprechen, mit anderen Deutungen und auch mit realen Lösungen, die ja durchaus auch existieren. Also es ist ja nicht so, dass nichts getan worden wäre, auch für die unteren Einkommensgruppen, es war nur eben nicht ausreichend.

**Andreas Hövermann:**

Ganz genau. Ich finde, das ist ganz wichtig, was du sagst, Bettina. Das sind diese zwei Punkte. Zum einen ganz stark hat man das Gefühl. Oder es ist sehr naheliegend, dass diejenigen, die Sorgen haben, besonders unzufrieden und wütend sind und daraus die AfD-Wahl naheliegend ist. Aber zum anderen dieser verstärkende Effekt, den man hat dadurch, wenn man die AfD wählt, dass man dann ganz stark auch ausgesetzt ist ihrer Kommunikation, ihren Untergangsszenarien, die sie für den Standort Deutschland im Sinne von „Deutschland schafft sich ab“, ja, im Grunde genommen verbreiten.

Und ich glaube, eine Sache, die du ja auch erwähnt hast hier aber, die ich auch noch mal stark machen will, ist, ist die ganze verstärkende Effekt der Echokammern, der Filterblasen und letztlich ja auch der homogenen Blasen. Das haben auch andere Studien gezeigt, dass hier gerade auch die AfD-Wählenden besonders stark unter sich bleiben. Es ist insbesondere an den Rändern, das gilt für die AfD-Wählenden und das gilt auch für die Grünen-Wählenden. Aber dennoch auch bei den AfD-Wählenden, in eine starke homogene Blasen da sind. Und dann wirken halt diese Echokammern natürlich verstärkend und können dann natürlich deutlich stärker auch noch mal die Sorgen noch mal verstärken. Und dieses negative Bild, wie du es auch gesagt hast, Bettina, noch mal verstärken. Und ich glaube, das ist eine gute Interpretation von diesem Befund.

**Bettina Kohlrausch:**

Wir sehen letztlich so ein bisschen, glaube ich, die Auswirkungen dieser Echokammern. Wir können natürlich jetzt keinen kausalen Zusammenhang belegen mit unseren Daten, aber das ist schon eine sehr, sehr plausible Erklärung dafür. Und das zeigt eben, wie problematisch das alles ist. Also wir haben nach wie vor diese Kerne in der Gesellschaft, die ein Vertrauen haben, die stabil sind. Aber wir haben eben, wie du auch gesagt hast, Andreas, an den Rändern wachsendes Misstrauen, was sich eben auch verstärkt. Und vor dem Hintergrund, denke ich, muss es Aufgabe sein, von demokratischen Kräften, zu denen ich die Hans-Böckler-Stiftung durchaus auch zählen würde, aber eben auch von politischen Akteuren und Akteurinnen wirklich zu überlegen: Was können wir tun um diese Ressourcen, also Vertrauen in die

demokratischen Institutionen, ist eine ganz wichtige Ressource für eine demokratische Gesellschaft. Und es ist, glaube ich, wirklich zentral, darüber nachzudenken: Was können wir tun, was müssen wir tun, um diese Ressource zu stärken? Wenn man jetzt sieht, dass gerade die Bundesregierung die Institution ist, die wirklich da am meisten versagt, um es mal ein bisschen zugespitzt zu formulieren, stellt sich natürlich die Frage, ob da jetzt gerade die richtigen Akteure und Akteurinnen am Werk sind. Aber das ist natürlich die zentrale Herausforderung.

**Marco Herack:**

Wir haben ja, als klar war, dass die Ampelregierung entstehen wird, gab es ja durchaus so ein positives Momentum für die ganze Sache. Wo man dachte: Okay, da sind jetzt mal Menschen, die wollen das anders machen. Das sind drei Parteirichtungen, die raufen sich zusammen und daraus wird dann etwas irgendwie Produktives entstehen. Und man hat dann aber recht schnell gemerkt, dass das, worauf man hoffte, also dieses Produktive, dass das ein Ideologisches In-sich-Verhaken war. Ich will jetzt gar nicht werten, wer da was ausgelöst hat, sondern das ist so ein bisschen das, was ich wahrnehme, dass in der Ampel eben nicht regiert wird, sondern bereits, Wahlkampf ist es ja auch noch nicht, aber dass man halt die ideologischen Muster abklappert und dadurch aber eine schlechte Regierung entsteht, zumindest in der Wahrnehmung vieler Menschen. Und da könnte ich mir dann schon vorstellen, weil das habe ich im Jahr 2015 2016 sehr oft gespürt, dass bei einigen Menschen dann so ein Bedürfnis nach Zerschlagen entsteht. Also draufhauen, alles kaputt hauen, neu aufbauen. Es war lustigerweise auch ein Brexit-Argument. Also nach dem Weltkrieg, wo wir ja auch wieder alles aufgebaut, dann machen wir das nach dem Brexit auch.

**Bettina Kohlrausch:**

Also das Kaputthauen hat ja auch ganz gut geklappt mit dem Brexit.

**Marco Herack:**

Mit dem Brexit, ja genau. Aber dass dieses Ideologische in sich verhaken, dass das halt eben so ein Momentum auslöst, das auch Freiräume öffnet für eine AfD, die es vielleicht so gar nicht geben würde, wenn die Regierung einfach regieren würde.

**Bettina Kohlrausch:**

Ich glaube allerdings ist es nicht nur auf so einer kommunikativen Ebene, was ja auch häufig die Eigendeutung ist, der Bundesregierung. Eigentlich machen wir alles gut, wir kommunizieren es nur nicht so gut. Ich glaube, es gibt ja schon wirklich auch eine reale Erfahrung, dass diese Institutionen eben für bestimmte Gruppen nicht gut funktionieren, weil sie zum Beispiel extrem stark finanziell belastet sind. Nehmen wir mal den Mindestlohn, der gestiegen ist auf 12 €, aber mit der Inflation dann am Ende ja eigentlich wieder aufgefressen wurde. Und eine weitere Anhebung und Anpassung hat eben nicht stattgefunden.

Also das heißt, diese Erfahrung, dass es nicht funktioniert, ist glaube ich auch real. Und das ideologische Verhaken hat ja auch zur Folge: Also gerade jetzt eben an der Frage irgendwie, wie finanziert man staatliche Ausgaben, wie viel investiert man zum Beispiel in Sozialpolitik? Das ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um meine Kritik an der FDP, die sich da eben total quer stellt, was ich für katastrophal halte in diesen Zeiten, den Sozialstaat vernünftig grundzufinanzieren, wichtige sozialpolitische Projekte, wie zum Beispiel die Kindergrundsicherung auch umzusetzen. Und ich glaube, das sind natürlich nicht nur Konflikte, die auf einer kommunikativen Ebene stattfinden, sondern die auch die realen Erfahrungen der Menschen prägen, gerade der unteren Einkommensgruppen. So dass ich glaube, dass das ideologische Verhaken eben auch Konsequenzen hat in der politischen Realität oder in den politischen Programmen der Bundesregierung und Maßnahmen. Und das wiederum gestaltet die Realität der Menschen. Und gerade für bestimmte Gruppen bedeutet das schon, dass sie nicht zu Unrecht den Eindruck haben, dass sie bei diesen Krisen besonders hinten runtergefallen sind.

Wir haben ja, das war jetzt nicht Schwerpunkt dieser Presseerklärung, aber wir haben ja auch zum Beispiel über diesen hohen Vertrauensverlust der Mütter gesprochen, gerade in der Pandemie, die einfach die ganz konkrete Erfahrung gemacht haben, dass ihre Belastungen nicht gesehen wurden und auch wenig getan wurde, um sie in der Krise und den Folgen der Krise zu entlasten.

**Marco Herack:**

Und damit landen wir dann da, wo wir heute sind. Das klingt aber immer, wenn wir darüber sprechen, Bettina, immer so ein bisschen ausweglos. Also ich habe mal gelernt deutsche Ministerien wollen von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer einen Ausweg.

**Bettina Kohlrausch:**

Wir sind ja kein deutsches Ministerium. Gott sei Dank.

**Marco Herack:**

Ja, nee, aber tatsächlich. Das klingt so ein bisschen, als ob wir da jetzt so gefangen sind in diesem Momentum, in dem wir uns da gerade befinden. Würdest du das dann so formulieren? Oder würdest du sagen, da kann man schon noch dagegen arbeiten?

**Bettina Kohlrausch:**

Als Soziologin oder als Soziolog\*innen wissen wir, dass die Realität jetzt eben gestaltet ist, eine soziale Realität ist und nicht vom Himmel fällt. Und insofern sind natürlich die Rahmenbedingungen, die dazu führen und die wir immer wieder offenlegen, die Belastungen bestimmter Gruppen, zum Beispiel auch finanzielle Belastungen, aber auch fehlende soziale Anerkennung, fehlende demokratische Teilhabe. Das sind ja Rahmenbedingungen, die kann man ändern, und das halte ich auch für total zentral. Und wir haben immer zwei Felder definiert, liegt auch nahe bei einer

Erwerbspersonenbefragung, in denen man das gut gestalten kann. Das eine ist die Gestaltung von Erwerbsarbeit selbst, also vernünftige Löhne, demokratische Teilhabe im Arbeitskontext, aber eben auch die Ausgestaltung des Sozialstaats, also die Absicherung von Menschen, die ja nicht nur die betrifft, die tatsächlich gerade abgesichert werden, sondern auch Sicherheit signalisiert für die anderen.

Und wenn man Sozialstaat auch nicht nur irgendwie als Grundsicherung denkt, sondern als die Zurverfügungstellung sozialer Infrastrukturen, Stichwort Gesundheit, Stichwort Kinderbetreuung, damit geht es ja auch weit in die Mitte der Gesellschaft. Eigentlich alle profitieren dann davon. Und wenn man diese Rahmenbedingungen vernünftig ausgestaltet und am Ende des Tages ist es eben auch eine Finanzierungsfrage. Wir diskutieren ja auch gerade über die Reform, eine notwendige Reform der Schuldenbremse zum Beispiel. Dann kann man daran schon was ändern. Ich glaube, man darf halt nur nicht naiv sein. Also ich glaube, man könnte den Mindestlohn jetzt auf 20 € erhöhen und das Bürgergeld auf 1.000 Euro und es würde erst mal nicht dazu führen, dass sofort sozusagen die die Zustimmung zur AfD verschwindet. Das ist lange aufgebaut worden. Es ist auch eine nachhaltige Erschütterung des Vertrauens. Das haben wir eben ausführlich diskutiert und sowas gewinnt man eben nicht von jetzt auf gleich zurück. Gleichwohl, wenn man nicht jetzt damit anfängt, ist es vielleicht irgendwann zu spät. Also es wird ja immer häufiger auch über soziale Kipppunkte oder gesellschaftliche Kipppunkte gesprochen. Das meine ich eben, wenn ich gesagt habe, das, was wir an Ressourcen haben, müssen wir stabilisieren. Wir müssen die, die Vertrauen haben, eben auch bestärken darin, dass sie richtig liegen, damit, dass sie diesen Institutionen vertrauen. Das heißt, dass diese Gesellschaft für sie auch funktioniert.

Und deshalb halte ich es wirklich für einen totalen Fehler, für einen fatalen Fehler, der nicht nur die Leute betrifft, die unmittelbar jetzt dann Kürzungen erfahren, sondern wirklich die Gesellschaft als Ganzes. Zu sagen, wir kürzen jetzt im sozialen Bereich, weil das natürlich ein ganz zentraler Moment ist, wo Menschen auch zusammenkommen in der Gesellschaft. Oder ein Sozialstaat ist eben eine Struktur, die eine Gesellschaft auch zusammenhält. Genauso wie vernünftige Arbeitsbedingungen Strukturen sind, die eine Gesellschaft zusammenhalten. Und daran jetzt noch weiter Raubbau zu betreiben, halte ich wirklich für einen ganz zentralen Fehler, den man in dieser Situation nicht machen darf. Weil stabil ist die Gesellschaft im Moment nicht.

### **Andreas Hövermann:**

Unbedingt. Und wenn ich da noch unterstützend sagen darf, weil das ist genau das, was wir ja sehen mit diesem Befund, dass die großen Sorgen und die großen Belastungen unten wirklich enorm sind. Das ist wirklich etwas, was wir sehr, sehr stark sehen können. Und der Bedarf dementsprechend unten enorm ist. Du hast es gesagt. Das heißt noch lange nicht, dass man jetzt irgendwie die finanziellen Hilfen erhöht, dass dadurch die Leute alle wieder von der AfD sich abwenden, das haben wir ja nun auch gezeigt. Aber dennoch soll das auf keinen Fall heißen, dass deshalb finanzielle Hilfen unten in irgendeiner Form nicht nötig wären. Keineswegs.

Vielleicht noch einen anderen. Also gerade weil Du, Marco, ja auch noch mal so gefragt hast nach sind uns die Hände gebunden, können wir nichts machen? Ich finde einen Punkt, der für diese, für diese so weit verbreiteten Sorgen noch mal vielleicht relevant sein könnte, ist, dass bei aller Berechtigung für die Sorgen, also die Welt ist nun wahrlich gerade in einem wirklich schwierigen Zustand und die Probleme sind überall, aber ich glaube, es ist extrem wichtig, zumindest es zu versuchen, ein positives Gegenarrativ zu setzen und das vielleicht sogar eine Vision, so abgenutzt dieses Wort vielleicht auch ist, aber von einer lebenswerten Zukunft zu malen, dass man irgendwas hat, was man den Untergangsszenarien der AfD entgegenhalten kann und was es lebenswert macht an der Stelle und was in eine positivere Stimmung verbreiten kann und den Sorgen entgegenwirken kann. Ich glaube, das ist etwas, wo wirklich noch viel Potenzial liegt.

Und vielleicht ein letzter Punkt nur eine Sache, die wir nicht besprochen haben. Aber das Ganze hat ja tatsächlich auch reale Folgen für bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Wir haben ja auch an dieser Stelle hier in diesen Untersuchungen, uns immer wieder mit den Einstellungen gegenüber beispielsweise geflüchteten Menschen beschäftigt. Und was wir da sehen, ist eine deutliche Eintrübung der Einstellungen. Deutlich pessimistischere Einstellungen, ablehnendere Einstellungen im Zeitverlauf, die wir hier gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine sehen. Und insbesondere sehen wir, dass unter den AfD-Wählenden, wo ganz stark verbreitet dieses Gefühl davon ist, zu kurz zu kommen, wo ganz stark dieses letztlich so was wie Etabliertenvorrechte eingefordert werden, so ein Gefühl von „wir zuerst“ eingefordert wird, an der Stelle tatsächlich sind das Anzeichen von Entsolidarisierungsprozessen, die wir da sehen, die hochproblematisch sind, wenn mit Gruppen, mit denen wir solidarisch sein sollten, hier die Solidarität entzogen wird.

**Marco Herack:**

Aber ja, dann auch nachdem, was ihr gerade gesagt hat, weil die Menschen das Gefühl haben, dass man mit ihnen ja dann auch nicht solidarisch ist. Weil das wäre ja die Konsequenz, wenn wir sagen, wir müssen den Sozialstaat dann auch schon so aufbauen, dass die Leute sich da sicher fühlen. Und die unteren Einkommensgruppen sind am meisten betroffen und werden dann entsprechend auch hängen gelassen gerade. Dann ist ja die Konsequenz, dass die sich in Konkurrenz zu den Flüchtlingen auch sehen, zum Beispiel oder anderen Gruppen.

**Andreas Hövermann:**

Das mag sein. Also auch das ist etwas, was wir in dieser einen Aussage so stark haben. Die Geflüchteten aus der Ukraine sollten sich in Deutschland erst mal hinten anstellen. Da haben wir unter den AfD-Wählenden, haben wir da 4 von 5, also 80 %, die da zustimmen, also da ganz stark dieses Gefühl. Aber auch unter allen Erwerbspersonen sind wir da mittlerweile bei 46 %, die da zustimmen. Zu dieser Aussage.

**Marco Herack:**

Gerade da hat die Politik auch ein sehr wandlungsfähiges Gesicht. Erst sollen die Leute alle arbeiten, dann stellt man fest, die können ja gar nicht arbeiten strukturell, dann können sie irgendwie doch wieder arbeiten. Dann will man das aber auch wieder nicht, weil dann nehmen sie den anderen die Arbeitsplätze weg usw. Also da gibt es so ein ziemliches ‚Mixed Messaging‘ dann auch seitens der Politik, das dann eben auch auf diese Verunsicherung noch zusätzlich einwirken wird.

**Bettina Kohlrausch:**

Ich glaube schon auch dass, also ich habe ja eben schon gesagt, dass ich mich schwer damit tue zu sagen, das ist alles nur eine Frage der Kommunikation. Aber natürlich ist eine konsistente Deutung der herausfordernden Zeiten glaube ich, schon auch hilfreich. Also, und das, das ist sicherlich nicht immer eingelöst worden.

**Marco Herack:**

Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann. Vielen Dank für das Gespräch.

**Bettina Kohlrausch:**

Danke Dir!

**Andreas Hövermann:**

Danke dir.

**Marco Herack:**

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns gerne. systemrelevant@boeckler.de ist die E-Mail-Adresse. Oder auf X, dem ehemaligen Twitter könnt ihr uns antickern @boeckler\_de. Euch vielen Dank fürs Zuhören. Eine schöne Zeit noch und bis nächste Woche. Tschüss!

**Bettina Kohlrausch:**

Tschüss.

**Andreas Hövermann:**

Tschüss!